



Aussichten und Alternativen

Von Kathrin Schweizer

Nach der Abstimmung zur Fairness-Initiative hat Finanzdirektor Anton Lauber verlauten lassen, dass die Rechnung 2017 wesentlich besser aussehe als das Budget. Ist der Kanton Baselland jetzt über den Berg?

Nein, überhaupt nicht. Denn es besteht ein grosser Nachholbedarf. Nach 20 Jahren Abbaupolitik muss viel nachgeholt werden. Nicht nur bei den Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur, sondern auch ganz konkret zugunsten der vielen Baselbieterinnen und Baselbietern, die von den harten Abbaumassnahmen betroffen sind. Und dazu auch im Service Public, der reduziert worden ist.

Bei den Prämienverbilligungen braucht es jetzt endlich eine Wende. Über Jahre wurde auf Kosten der allertiefsten Einkommen der Staatshaushalt saniert. Heute gehören wir zu den Kantonen mit den höchsten Prämien und den tiefsten Prämienverbilligungen. Da braucht es endlich eine Abkehr vom Abbau. Maximal 10% des Haushaltsbudgets soll in Zukunft für die Krankenkassenprämien ausgegeben werden müssen, fordern wir mit unserer Initiative, die innerhalb von nur einer Woche gesammelt werden konnte. Mit der Umsetzung der Initiative würde der Kanton Basellandschaft im schweizweiten Vergleich wieder ins Mittelfeld vorrücken und die Kaufkraft der tiefen Einkommen und der Familien könnte gesteigert werden.

Es braucht im Baselbiet einen öffentlichen Verkehr, der so attraktiv ist, dass er die Strassen vom motorisierten Verkehr entlasten kann. In den letzten Jahren wurde, trotz steigendem Mobilitätsbedürfnis der Bevölkerung, beim öffentlichen Verkehr gespart. Von einer Vorwärtsstrategie war von Seiten Regierung nichts zu spüren. Eine Entwicklung, die wir an immer mehr Stau und dem Ruf nach mehr Strassenbau beobachten können.

Aber auch bei den Klassengrössen in den Schulen, bei den Schulhäusern, bei der Kultur- und Sportförderung usw. gibt es Nachholbedarf.

Auch beim Personal wurde in den letzten Jahren Schritt für Schritt abgebaut, mit der Begründung, dass es der finanzielle Rahmen erzwingt. Die ABP (Arbeitsgemeinschaft der Baselbieter Personalverbände) zählte letzten Sommer 24 Abbaumassnahmen beim Personal, die in den letzten Jahren umgesetzt worden sind. Wir erwarten nicht, dass alle Massnahmen rückgängig gemacht werden. Aber jetzt ist es höchste Zeit, gegenüber den Polizistinnen, Lehrern und allen anderen MitarbeiterInnen wertschätzend aufzutreten. Dass einige von diesen MitarbeiterInnen Renteneinbussen von 30% erwarten müssen - über die beiden Pensionskassenreformen hinweg betrachtet - ist besorgniserregend. Es braucht jetzt Verbesserungen beim Personal, damit die kantonale Verwaltung wieder ein attraktiver Arbeitsort wird.

Ebenfalls haben wir grossen Nachholbedarf bei den „Investitionen“ in die Verlässlichkeit unseres Kantons als Partner in gemeinsamen Trägerschaften. Unsere dicht verzahnte Region braucht Kantone, die in der Partnerschaft Verantwortung übernehmen und die zusammen die besten Lösungen für die Region finden.

Wenn nun also durch verbesserte Rechnungsabschlüsse Handlungsspielraum entsteht, dann muss er für diese Bereiche genutzt werden.

Ganz sicher dürfen wir nicht in denselben Fehler verfallen, den die bürgerliche Mehrheit in den letzten 20 Jahren gemacht hat: Steuern zu senken. Der behauptete Mechanismus, dass damit mehr Steuerzahlende ins Baselbiet ziehen würden, funktioniert nicht. Die Attraktivität des Baselbiets liegt nicht an seiner Position im Steuerranking, sondern sie hängt von anderen Faktoren ab. Ein hervorragend ausgebautes Bildungswesen – von einer Universität mit grosser Ausstrahlung bis



zu einer exzellenten Berufsbildung - ist dabei eines der wichtigsten Elemente. Mit Abbaupolitik ist das nicht zu haben.

Um den finanziellen Spielraum zu vergrössern, werden wir auch auf weitere Einnahmen angewiesen sein. Im Vordergrund steht dabei für die SP die rasche und effiziente Einführung einer Mehrwertabgabe. Es ist symptomatisch für die verkehrt gesetzten Prioritäten, dass die Baselbieter Regierung die Mehrwertabgabe erst auf den letztmöglichen Termin einführen will. Seit Jahren entgehen dem Kanton und den Gemeinden wegen dieser Verzögerungstaktik bereits Einnahmen in Millionenhöhe. Auch eine Erbschaftssteuer für sehr hohe Vermögen muss weiterhin angestrebt werden. Ein Thema, das in Koordination mit den umliegenden Kantonen im Sinne der Steuerharmonisierung angepackt werden muss.

Für uns kommen Steuersenkungen nicht in Frage. Diese Einnahmenverluste haben die Abwärts spirale der Nullerjahre eingeleitet und sie haben den Kanton Baselland in die Abbaufalle gebracht. Aus dieser Abbaufalle müssen wir wieder herausfinden. Und wir können es, wenn wir finanzpolitisch die richtigen Lehren aus den Erfahrungen der letzten Jahre ziehen.

Kathrin Schweizer
Landrätin und Gemeinderätin, Muttenz
Tel: 076 233 51 11
kathrinschweizer@vtxmail.ch